

Kantonsbeamte sind wegen Sparauftrag besorgt

Die Bürgerlichen bekommen das eigene Budgetpostulat zu spüren

Von Serkan Abrecht

Basel. Machtlos musste die Regierung zuschauen, wie die Bürgerlichen das Budgetpostulat von Grossrat David Wüest-Rudin (GLP) mit einem knappen Stichtentscheid durchbrachten. Dieses verbietet dem Kanton, sein Budget für 2019 zu erhöhen. Finanzdirektorin Eva Herzog (SP) verkündete daraufhin, dass der Kanton nun 40 Millionen Franken einsparen muss.

Jetzt sehen sich die Bürgerlichen erstmals selber mit diesen Sparmassnahmen konfrontiert. Vor zwei Wochen gab die Regierung FDP-Grossrat Christian Moesch zur Motion über die Sanierung des Schaffhauser Rheinwegs abschlägigen Bescheid. Wie *barfi.ch* berichtete, war dafür eigentlich schon alles vorbereitet. Die Anwohner wurden über den Umbau informiert, und der Kies war bereits aufgeschüttet. Doch nun fehlt dem Kanton das Geld.

Später verwirklichen

In seiner Antwort zur Motion von Moesch schreibt der Regierungsrat: «Das durch den Grossen Rat überwiesene vorgezogene Budgetpostulat erfordert in seiner Konsequenz rigorose Einsparungen im Budget 2019. Vor diesem Hintergrund sieht sich der Regierungsrat veranlasst, auf Vorhaben zu verzichten, die ohne Nachteile zu einem späteren Zeitpunkt realisiert werden können.» Für Moesch ist klar: «Das war eine Trotzhandlung, um einem Bürgerlichen eins reinzuwürgen.» Denn die Umgestaltung des Schaffhauser Rheinwegs würde gar nicht im Jahr 2019 stattfinden – also die Budgetkürzungen

nicht betreffen. Zudem sei eine solche Umgestaltung eine Investition. Konkret: «Die Erfolgsrechnung des Kantons wird durch diese Investition gar nicht betroffen», sagt Moesch.

Möglichst niemandem kündigen

Mit seiner Vermutung, dass die Regierung seine Motion nur aus Trotz abschlägig beantwortet hat, könnte der Freisinnige recht haben. Denn gemäss offizieller Sprachregelung weiss der Regierungsrat noch gar nicht, wo er wie viel sparen will. Wie er das Budgetpostulat umsetzen will, wird Herzog erst in den Sommerferien verkünden. Doch bereits jetzt müssen diverse Kaderbeamte und Abteilungsleiter über die Bücher. Die *BaZ* weiss von mehreren Abteilungen im Kanton, die von den jeweiligen Departementsvorstehern beauftragt wurden, ihnen potenzielle Sparmassnahmen zu präsentieren.

Dazu gehören auch mögliche Entlassungen und generelle Streichungen von Stellenprozents. Dies bereitet den betroffenen Kadermitarbeitern Sorgen, da sie möglichst kein Personal entlassen wollen. «Auch möchte ich nicht an der Front sparen, wo letztlich der Bürger die Nachteile spürt», sagt ein Abteilungsleiter zur *BaZ*.

Die Mediensprecher des Präsidialdepartements, des Justiz- und Sicherheitsdepartements und des Erziehungsdepartements bestätigen, dass momentane «Handlungsfelder in den einzelnen Dienststellen abgeklärt werden». Während sich zurzeit etliche Staatsangestellte über die aufgezwungenen Sparmassnahmen den Kopf zerbrechen und niemand klar weiss, wo man die

40 Millionen einsparen kann, ist dennoch klar, dass aus Moesch's Vorhaben – das bis tief ins linke Lager Unterstützung gefunden hat – nichts wird.

Vizestaatschreiber Marco Greiner sagt dazu: «Es versteht sich, dass der Regierungsrat in seiner Stellungnahme zur Motion Moesch nicht Dinge in Aussicht stellen konnte, welche die Umsetzung des Budgetpostulats beeinflussen oder gar im Widerspruch dazu stehen.» Später liesse sich die Umgestaltung ja ohne Nachteile und ohne wesentliche Mehrkosten immer noch realisieren.

Was bedeutet «rigoros»?

Die von Moesch geforderte Erneuerung des Rheinbords würde mit sechs Millionen Franken einen vergleichbar kleinen Aufwand mit sich führen. Doch die Regierung findet schon kleinere Einsparungen dramatisch. Die auferlegten Sparmassnahmen bezeichnet sie als «gravierend» und «rigoros». 40 Millionen Franken scheinen zwar eine Stange Geld zu sein, in Relation zu den fünf Milliarden Staatsausgaben (Stand 2015) machen sie aber lediglich 0,8 Prozent aus.

«Ein Sparpaket von 40 Millionen Franken ist rigoros und damit einschneidend, weil es wahrscheinlich spürbare Auswirkungen auf die Bevölkerung haben wird. Wie es konkret aussehen wird, kann ich noch nicht sagen», sagt Marco Greiner zur Wahl der Begrifflichkeit des Regierungsrats.

Doch es zeichnet sich ab, dass die Rheinbord-Sanierung nicht das letzte Projekt sein wird, das die Regierung bachab schickt.

Staatsanwaltschaft stellt Untersuchungen ein

Keine illegale Organentnahme im Unispital

Von Mischa Hauswirth

Basel. Am 6. August 2017 lieferte ein deutscher Rettungswagen einen 20-jährigen Deutschen in die Notfallstation des Universitätsspitals Basel (USB) ein, wo ein Arzt den Tod des Mannes feststellte. Eine deutsche Notärztin hatte den 20-Jährigen zuvor in Deutschland massiv verletzt vorgefunden und reanimiert; die Polizei untersuchte den Hintergrund der Verletzungen und ging von einem Gewaltdelikt aus.

Aufgrund eines Eintrags der Kriminalpolizei in Bad Säckingen vom 7. August 2017 äusserte die Mutter des Verstorbenen den Verdacht, es könnte zu einer nicht erlaubten Organentnahme gekommen sein. In Polizei-protokollen hiess es über den 20-Jährigen: Mit dem Rettungswagen sei er in die Uniklinik Basel verbracht worden, da dort eine Organentnahme geplant gewesen sei. Und: «Eine zunächst geplante Organentnahme konnte nicht mehr durchgeführt werden, da der Kreislauf des Patienten zu lange stillgestanden hatte. Die Beschlagnahme des Leichnams wurde nach Kenntnisnahme der geplanten Organentnahme zeitnah ausgesprochen.»

Die Mutter äusserte den Verdacht, jemand könnte dem jungen Mann Organe entnommen haben, obwohl die Familie keine Einwilligung gegeben hatte und der Verstorbene keinen Organspenderausweis hatte. Der Anwalt der Mutter reichte darauf Strafanzeige wegen Störung des Totenfriedens ein und die deutschen Ermittlungsbehörden baten um Rechts-hilfe. «Da die Todesursache nicht geklärt war, ersuchte die Staatsanwaltschaft Waldshut-Tiengen/D am 07.08.2017 die Staatsanwaltschaft in

Basel, die Todesursache abzuklären. In der Folge wurde durch die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt eine Obduktion angeordnet und durch das Institut für Rechtsmedizin durchgeführt», so die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt.

Am vergangenen Mittwoch nun hat die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt bekannt gegeben, dass die Abklärungen im Rahmen eines Strafverfahrens sowie das forensische Abschlussgutachten des Instituts für Rechtsmedizin Basel-Stadt keine Hinweise auf eine Organentnahme ergeben hätten und somit der Totenfrieden nie gestört gewesen sei. Deshalb haben die Untersuchungsbehörden den Fall eingestellt.

«Anschuldigungen der Mutter»

Die *BaZ* hat das USB im Vorfeld der Berichterstattung kurz vor Weihnachten 2017 vom Stand der Recherche und den erhobenen Vorwürfen unterrichtet und um eine Einschätzung gebeten – es war zu diesem Zeitpunkt völlig offen, ob das USB überhaupt von den Vorwürfen wusste und ob es möglicherweise selber Opfer einer Person geworden ist, die sich nicht an die Unternehmensregeln bezüglich Organentnahme gehalten hatte. Das USB hat über Sprecher Martin Jordan damals geantwortet: «Das Universitätsspital Basel hat keine Kenntnis von einer Untersuchung der Basler Staatsanwaltschaft im von Ihnen geschilderten Fall.» Die Staatsanwaltschaft hatte aber zu diesem Zeitpunkt bereits bestätigt, dass «seit Längerem» ein Ermittlungsverfahren laufe.

Ausserdem schrieb das USB in einer Medienmitteilung, die Vorwürfe der *BaZ* seien aus der Luft gegriffen und als Grundlage hätten dem Journalisten einzig Vermutungen und Anschuldigungen der Mutter des Verstorbenen gedient.

Nachrichten

Besitzer des Atlantis kündigen Mitarbeitern

Basel. Die Besitzerfamilien des Kultbetriebs Atlantis, Andreetti/Rey haben sämtlichen zehn Vollzeitangestellten im Gastronomiebereich gekündigt. Wie die *Basellandschaftliche Zeitung* berichtet, seien Andreetti/Rey mit den Leistungen im Restaurant unzufrieden. Sie suchten nun einen neuen Pächter. Der dürfe entlassene Mitarbeiter auch übernehmen. Seit 2017 hat Zeljko Mitic das Restaurant Atlantis geführt.

20-Jähriger fährt mit 0,7 Promille in Mauer

Basel. Am Donnerstagmorgen verlor ein Junglenker auf der Grenzacherstrasse bei der 90-Grad-Rechtskurve beim Stadion Rankhof die Kontrolle über sein Auto und kollidierte mit einer Mauer. Dennoch fuhren er und seine vier alkoholisierten Mitfahrer weiter. Das Auto verlor Öl. Polizisten stoppten die Unfallfahrer beim Parkplatz des Stadions. Der 20-jährige Lenker hatte 0,7 Promille Alkohol im Blut und musste seinen Ausweis abgeben.

Besonders viele Buchsbaumzünsler

Basel. Die Stadtgärtnerei warnt vor sehr vielen Buchsbaumzünslern. Sie würden in den Buchspflanzen in rund zwei Wochen schlüpfen und die Blätter anfressen. Die Stadtgärtnerei empfiehlt, diese Schädlinge mit biologischen Pflanzenschutzmitteln zu bekämpfen.

Korrekt

«Baudepartement behindert sich selbst», *BaZ* vom 8. Mai 2018

Im Artikel heisst es, dass der Kanton «ohne ganz triftige Gründe» die Einspracherechte seiner Mitarbeiter beschneiden könne. Das ist falsch. Richtig ist, dass der Kanton «ohne ganz triftige Gründe» die Einspracherechte seiner Angestellten nicht einschränken kann, wie Vizestaatschreiber Marco Greiner festhält.



Gastfreundlich. Egloff, Bosshard und Wessels mit dem Aufkleber (v.l.). Foto K. Maros

Kampf dem WC-Problem

31 Betriebe öffnen ihre «Netten Toiletten»

Von Dina Sambar

Basel. Basel-Tourismus-Direktor Daniel Egloff hat die unangenehme Situation vor zehn Tagen am eigenen Leib erfahren. Er befand sich in der Toscana, musste dringend auf die Toilette, doch weit und breit war kein öffentliches WC zu sehen. In der Not trank er in einem Restaurant einen Espresso, um dort das stille Örtchen aufsuchen zu können. Solche Unannehmlichkeiten, die in den sozialen Medien auch für Negativwerbung sorgen, will er Basels Gästen ersparen.

Gemeinsam mit SP-Regierungsrat Hans-Peter Wessels hat er vorgestern Basels «Nette Toiletten» vorgestellt. 31 nach Lage und Zugänglichkeit ausgesuchte Restaurants und Geschäfte stellen ihre WCs ab sofort gratis und ohne Konsumpflicht zur Verfügung.

Wildpinkeln einschränken

Wessels verfolgt mit dem Projekt noch weitere Ziele: «Die Stadtreinigung ist ständig damit konfrontiert, dass Leute ihre Geschäfte im öffentlichen Raum verrichten – und das nicht zu knapp.» Die «Netten Toiletten» sollen laut Wessels helfen, dieses Problem zu entschärfen: «Wir hoffen auf eine seh- und riechbare Veränderung.» Das lässt sich der Kanton 2500 Franken pro Jahr und Betrieb kosten: «Es ist eine mini-

male Entschädigung, die den zusätzlichen Reinigungsaufwand der Betriebe kaum decken wird», so Wessels. Er glaube deshalb nicht, dass die Zusage der Betriebe finanzieller Natur sei. Das bestätigt Cathrin Bosshard vom Hotel Basel: «Bei uns waren die Türen für Basels Gäste sowieso schon offen.» Von den angeschriebenen 40 Betrieben wollten sich nur neun nicht beteiligen: «Sie hatten Angst vor noch mehr Fremdpinklern oder vor Umsatzeinbussen. Einem gefiel der Kleber nicht», so Egloff.

Basel Tourismus versuchte die Idee bereits vor einigen Jahren zu lancieren – damals ohne Entschädigung. Der angefragte Wirtverband wollte sich nicht beteiligen. Er fürchtete Unkosten, Vandalismus und Probleme mit Drogenabhängigen. Ein weiterer Hinweis, dass die Entschädigung bei einigen Betrieben doch eine Rolle spielt, war die Anwesenheit des Westschweizer Fernsehens, welches das Projekt in einem TV-Beitrag mit ähnlichen Versuchen in der Romandie vergleicht: «Die Initianten stossen dort auf Widerstand. Das könnte daran liegen, dass sie nur 150 Franken bezahlen wollen», so der Journalist aus Moutier.

Die «Netten Toiletten» gibt es bereits in über 200 deutschen und drei Schweizer Städten. Für einen Pauschalbetrag von 4000 Franken erhält Basel das Label und wird Teil der bestehenden App.

Wie sage ich es meinen Patienten?

Manuel Bategay über die Kommunikation ernster Diagnosen

Von Christian Fink

Basel. Die Diagnose ist hart und stellt das Leben des Patienten von einem Tag auf den anderen gänzlich auf den Kopf: beispielsweise schwarzer, in die Leber metastasierender Hautkrebs. Wie überbringen Ärzte eine solche Nachricht und generell schwerwiegende Diagnosen? Darüber und wie sich die Wahrheit und Wahrnehmung in der Medizin zeigt, entwickelt und verändert, referierte Manuel Bategay vom Universitätsspital Basel im Rahmen der Aeneas-Silvius-Ringvorlesung an der Universität Basel.

Tat es vor nicht allzu langer Zeit auch schon mal eine gnädige Lüge, so präsentiert sich dieser Moment der Wahrheit heute sehr viel differenzierter. Klar ist, eine absolute Sicherheit der Diagnose und vor allem einer Prognose gibt es vielfach nicht, nicht mal eine mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit.

Wahrheit in der Folge einer medizinischen Diagnose ist ein mit reichlich Unschärfe behafteter Begriff. Eine schwerwiegende Diagnose wird im Kontext einer seit hundert Jahren massiv gesteigerten Lebenserwartung anders erlebt. Hierfür sind nicht zuletzt entwickelte Lebensstandards und neue Therapien verantwortlich, die neue Prognosen zulassen. Die heutige Medizin verfügt auch über viel mehr Gesundheitsdaten, detailliertere Analysen und Vergleichsmöglichkeiten. Ausserdem ist die Medizin personalisierter und präziser geworden.

Dynamische Entwicklung

Noch vor zehn Jahren, so Manuel Bategay, überlebte die eingangs geschilderte Krankheit kein Mensch für mehr als zwei bis vier Jahre. Heute betrage die Überlebensrate dank neuer Therapien rund sechzig Prozent. «Das heisst, die Wahrheit kann sehr dynamisch sein, sie ist relativ und sie ist selbst für uns Ärzte in einem gewissen Moment fast nicht fassbar.» Oftmals handle es sich um Nuancen, die bestimmen, ob sich die Krankheit hin zum Besseren entwickelt oder eben

nicht. Deshalb gibt es bei Prognosen immer Zweifel.

Dies gilt, als weiteres Beispiel, etwa auch für HIV. Während in den ersten Jahren nach 1981 noch alle Patienten mit der Diagnose Aids verstarben, haben heute, so der Infektiologe, die allermeisten Betroffenen dank medizinischer Entwicklung eine normale Lebenserwartung.

Wie stark und schnell die medizinische Entwicklung voranschreitet, verdeutlicht die «Wissensflut», die weltweit in rund 30 000 Journals verbreitet wird. Von den 2,5 Millionen Publikationen seien 1,3 Millionen auf klinische Medizin fokussiert. Einleuchtend, dass diese Menge auch «Fehlwissen» und Fake News produziere, so Bategay. Die Flut medizinischer Neuigkeiten führe zu einem «Positivismus in der Medizin». Denn positive Resultate würden häufiger publiziert. Dabei würden auch Stichproben falsch gewählt. Und häufig fehlten die schwer und schwerst erkrankten Patienten.

Eine Herausforderung seien in Zukunft die Möglichkeiten künstlicher Intelligenz, wobei Manuel Bategay keine Zweifel offen lässt, dass es die Ärztinnen und die Ärzte als physische Erscheinung auch weiterhin benötigen wird.

Wahrheitsgetreu, wahrhaftig

Welche Folgen hat diese dynamische Entwicklung im medizinischen Bereich hinsichtlich des direkten Kontakts mit dem Patienten, dem eine ernste Nachricht überbracht werden muss? Diese müsse, so Bategay, «wahrheitsgetreu, also wahrhaftig, sachlich und empathisch» sein. Es dürfen weder falsche Hoffnungen geweckt werden, noch dürfen sich Ärzte in nicht relevante Detailschilderungen flüchten. Es müssten im Voraus nächste Schritte überlegt werden, Fragen geklärt, Zeitnahes mit dem Patienten und den Angehörigen besprochen werden. Ausserdem bräuchten Patienten Halt. Letztlich «müssen wir Verantwortung übernehmen, auch wenn wir nicht genau wissen, was die absolute Wahrheit ist», sagte Bategay.